



Dr. Ulrich Berding

# Öffentliche Räume – Orte der gesellschaftlichen Integration?



„Öffentlicher Raum“ – nicht nur in der Fachwelt, auch in Feuilletons und Talkshows entzünden sich an diesem Thema intensivste Debatten. Vor allem die Frage, ob der öffentliche Raum angesichts voranschreitender gesellschaftlicher Pluralisierung und zunehmender ökonomischer Interessen überhaupt (noch) „öffentlich“ sei, wird immer wieder mit großer Schärfe diskutiert. Dieser Beitrag reflektiert thesenhaft Wandel und Vielfalt von Stadt-Gesellschaft und Stadt-Räumen und kommt zur Schlussfolgerung, dass sich die Vielfalt der Stadtgesellschaft nur unvollständig in den öffentlichen Räumen der Städte widerspiegelt. Dies hat Auswirkungen auf den gesellschaftlichen, politischen und planerischen Umgang mit Differenz und Diversität in der Stadt.

## Die (Stadt-)Gesellschaft wird immer vielfältiger

Der soziale Wandel zu einer immer pluralistischer werdenden Gesellschaft mit sich stark ausdifferenzierenden Milieus ist ein oft beschriebener und fortdauernder Prozess. Nach wie vor ist zwar eine Klassen- oder Schichtstruktur erkennbar, aber innerhalb der Unter-, Mittel- und Oberschicht gibt es eine Vielzahl von Milieus, die sich nach dem Ausmaß ihrer Traditionsverhaftung bzw. ihrer Modernität voneinander unterscheiden. In unserer von Zuwanderung geprägten Gesellschaft machen zudem auch Menschen mit Migrationshintergrund einen erheblichen Teil der Bevölkerung aus. Innerhalb der Migrationsgesellschaft lassen sich ebenfalls Milieus differenzieren, die sich deutlich von denen der einheimischen Bevölkerung unterscheiden. Allerdings sind hier – anders als zu vermuten wäre – nicht die Herkunftsnationen das entscheidende Merkmal, sondern das Vorherrschen religiöser oder individualisierter Werthaltungen. Weder bei Einheimischen noch bei Migranten sind die Grenzen zwischen den Milieus klar unterscheidbar. Die Übergänge sind fließend, und viele Menschen lassen sich nicht exakt genau einem bestimmten sozialwissenschaftlich definierten Milieu zuordnen. Zudem verändern sich Milieus im Laufe der Zeit, werden größer oder kleiner, verschwinden oder teilen sich auf. So hat sich der Anteil der als traditionell zu bezeichnenden Milieus seit den 1980er Jahren fast halbiert, weil die diesen Milieus zugehörigen Menschen langsam verstarben.

Trotz der „weichen“ Grenzen lassen sich die verschiedenen Milieus aber durchaus voneinander unterscheiden. Menschen einer bestimmten Milieu- und Lebensstilgruppe suchen die Nähe zu ähnlich lebenden und denkenden Menschen und versuchen, in der Nachbarschaft oder im eigenen Haus mit diesen

Menschen zusammenzuleben. Dies ist ein Grund dafür, dass sich innerhalb einer Stadt einzelne Wohnstandorte und Quartiere nach innen deutlicher homogenisieren und eine soziale Durchmischung immer schwerer zu erreichen ist.

## Segregation ist Normalität

Damit ist die Entmischung, die residenzielle bzw. soziale Segregation der städtischen Gesellschaft ein Vorgang, der – auch – Konsequenz einer zunehmenden sozialen Ausdifferenzierung und Pluralisierung ist. Dabei ist die Ungleichverteilung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen kein neues Phänomen. Schon immer waren Städte gekennzeichnet sowohl durch verschiedene räumliche Lagequalitäten, als auch durch soziale Unterschiede. Arme und Reiche, Privilegierte und Benachteiligte, Etablierte und Außenseiter verfügten über unterschiedliche Ressourcen und unterschiedlichen Status und wohnten entsprechend in verschiedenen Teilen der Stadt. Insbesondere die wohlhabenden Teile der Bevölkerung legten und legen großen Wert darauf, die Qualität ihrer privilegierten Wohnsituation nicht durch die Anwesenheit unerwünschter sozialer Gruppen beeinträchtigen zu lassen.

Die Wohn- und Lebensqualität ergibt sich nicht zuletzt aus den – teuer bezahlten – „Situationsrenditen, die sich ergeben aus der Ferne zu unerwünschten Dingen und Personen beziehungsweise durch die Nähe zu seltenen und begehrten Dingen [...] und Personen (eine bestimmte Nachbarschaft impliziert Zuwachs an Ruhe, Sicherheit und so weiter)“ (Bourdieu 1991, S. 31). Ernsthaftige Störungen dieser Wohngebiete, beispielsweise durch den Bau von Sozialwohnungen, würden die „Situationsrendite“ für die dort wohnenden kommunikationsstarken und einflussreichen Bevölkerungsgruppen empfindlich schmälern und sicher schnell zu Protesten führen.

In den gesellschaftlichen und politischen Debatten um Segregationsprozesse wird aber zumeist nicht das „Reichenghetto“ oder das sozial homogene Einfamilienhausgebiet als Problem gesehen. Zu einem brisanten Thema der Stadtentwicklung wurde die soziale Segregation seit den Phasen der Zuwanderung der Nachkriegszeit und der sichtbaren Konzentration nichteinheimischer Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtteilen. Schnell war die Rede von einer „Ghettoisierung“ und von einer absichtsvoll desintegrativen „Abschottung“ der Migrationsbevölkerung von den einheimischen Teilen der Stadtgesellschaft. In zahlreichen Studien konnte jedoch nachgewiesen werden, dass zum einen die räumliche Trennung von Bevölkerungsgruppen nicht zwangsläufig eine soziale Trennung bedeuten muss, und dass zum anderen die räumliche Durchmischung noch nicht gleichbedeutend mit einer sozialen Integration ist (Häußermann/Siebel 2004). Darüber hinaus wird oftmals kontrafaktisch angenommen, dass Prozesse der Segregation ausschließlich von freien Wohnstandortentscheidungen geprägt sind. Gerade Migranten mit geringem Einkommen haben jedoch oftmals nur sehr geringe Möglichkeiten, zu wählen, ob sie lieber in der Nachbarschaft von „Ihresgleichen“ oder von Einheimischen leben möchten. Der Wohnungsmarkt und die städtische Belegungspolitik lassen vielen benachteiligten Gruppen häufig kaum eine Wahl – sie müssen nehmen, was sie bekommen können. Unfreiwillige Segregation ist damit kein Zeichen von Integrationsverweigerung, sondern vielmehr ein Ausdruck mangelnder Chancengleichheit.



Abb. 1: Spielplatz in Aachen, Talstraße (Fotos: Ulrich Berding)

### „Unvollständige Integration“

Vor diesem Hintergrund von sozialer bzw. residenzieller Segregation einerseits und zunehmender gesellschaftlicher Pluralisierung andererseits stellt sich die Frage, ob und wenn ja, wie sich diese Prozesse im städtischen Alltag sichtbar abbilden. Insbesondere die öffentlichen Räume der Städte – Plätze, Grünflächen und Freiräume, Fußgängerzonen etc. – werden immer wieder als die Orte dargestellt, in denen sich „Fremde“ begegnen. Doch Hans Paul Bahrtdt kam bereits 1961 in seinen Überlegungen zur „modernen Großstadt“ zu dem Schluss, dass städtisches Leben ganz wesentlich durch die Anonymi-

tät der Städter und eine Vielzahl von funktional spezifischen Kontakten geprägt ist: Anders als im Dorf grüßt man die Menschen, denen man begegnet, nicht automatisch. Direkte Kommunikation findet vor allem zwischen Händlern, Gastronomen, Dienstleistern und Kunden statt. Bahrtdt bezeichnet diese für das städtische Leben typischen sozialen Beziehungen als „unvollständige Integration“. Gerade die zumeist unausgesprochenen und von allen Stadtnutzern geteilten Distanznormen zueinander sind es, so Bahrtdt, die die Privatheit des Einzelnen schützen. Damit ist die ausbleibende Kommunikation mit Unbekannten, „Fremden“ also konstituierend für das städtische Leben.



Abb. 2: Euskirchen, Viehplätzchen

Hieran hat sich auch mehr als 50 Jahre später nichts Wesentliches geändert. Zwar hat die Toleranz gegenüber „privaten“ Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit seit den 1960er Jahren zugenommen: seien es essen und trinken, der Austausch von zwischenmenschlichen Zärtlichkeiten, ein informeller bis freizügiger Kleidungsstil, in jüngerer Zeit das öffentliche Telefonieren – was vor einer oder zwei Generationen noch bestenfalls unüblich war, gehört mittlerweile zum Alltag. Die Toleranz gegenüber „privatem“ Verhalten im öffentlichen Raum bewegt sich jedoch in einem sehr engen Rahmen, der von der Konsumgesellschaft vorgegeben wird. Das Schlafen auf einer Parkbank oder der (übermäßige) Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit sind beispielsweise noch immer sanktioniertes Verhalten, das zudem stigmatisierend wirkt. Von Seiten der Stadtplanung wird umso mehr darauf geachtet, dass sich in repräsentativen Innenstadträumen keine unerwünschten Nutzergruppen etablieren können. Der Wille zur gezielten Ausgrenzung von Nutzergruppen bzw. deren gezielter Lenkung in weiter abseits liegende öffentliche Räume ist die Normalität. Öffentliche Räume prägen das Bild einer Stadt, einer Firma, eines Geschäftes und dementsprechend gepflegt, ansprechend und zugänglich sollen sie sein. Lärmende Jugendliche, Skater, lagernde Obdachlose oder Alkoholisiertere werden meist als störend empfunden. Daher werden oft Anstrengungen unternommen, diese Gruppen fernzuhalten – z. B. durch gestalterische Maßnahmen und Formen der Überwachung und Kontrolle.



Hier greift der von Bourdieu beschriebene „Klub-Effekt“: Sich als privilegiert empfindende Bevölkerungsgruppen schließen andere Gruppen aus, die „nicht alle erwünschten Eigenschaften oder eine der unerwünschten Eigenschaften aufweisen“ (Bourdieu 1991, S. 32). Ressourcen und Einfluss dieser Gruppen sind groß genug, um – zumindest an den von ihnen selber bevorzugten Orten – die Regeln zu definieren, nach denen sich alle Gruppen zu richten haben.



Abb. 3: Straßenraum Neuer Wall in Hamburg

### Öffentliche Räume in benachteiligten Stadtteilen

Die bisherigen Ausführungen bezogen sich vor allem auf die innerstädtischen und bevorzugten Lagen, denn diese Räume prägen das Bild einer Stadt in der öffentlichen Wahrnehmung. Doch auch in den Quartieren außerhalb der prosperierenden Innenstadt und der privilegierten Wohnviertel erfüllen öffentliche Räume wichtige Funktionen für die dort lebende Bevölkerung. Gerade in den benachteiligten Stadtquartieren mit hohen Migrantenanteilen, hohen Arbeitslosenzahlen und hohem Anteil von Empfängern staatlicher Transferleistungen ist die Verfügbarkeit nutzbarer Freiflächen von elementarer Bedeutung. Vergleichsweise knapp bemessener Wohnraum und schlechte Ausstattung mit privat nutzbaren Freiräumen mit Mehrfamilien- und Geschosswohnungsbau führen dazu, dass jeder Wunsch nach frischer Luft mit einem Gang vor die Haustür in die Freiflächen des Wohnumfelds verbunden ist. Die Nutzung dieser Flächen ist für die Bewohner der benachteiligten Stadtquartiere daher allein schon aus diesen Gründen „alternativlos“.

Hinzu kommt, dass geringes Einkommen und überdurchschnittliche Haushaltsgrößen die (Auto-)Mobilität erschweren, wodurch seltener Orte außerhalb des unmittelbaren Wohnumfeldes aufgesucht werden. Darüber hinaus führt die Bildungsbenachteiligung der in den benachteiligten Stadtteilen wohnenden Kinder und Jugendlichen auch zu einer geringeren außerschulischen Qualifikation. Die Betroffenen sind seltener beispielsweise in Sport- oder Musikvereinen aktiv und

verfügen deshalb über mehr „nicht verplante“ Freizeit. Somit sind öffentliche Freiräume als Orte der Kommunikation und Interaktion für diese Gruppen besonders wichtig. Insbesondere Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind deshalb in hohem Maße auf das Vorhandensein öffentlich nutzbarer „freier“ Räume angewiesen, die zur Nutzung weder Geld noch einen Legitimationsnachweis erfordern.

Die knappe Ressource Freiraum wird in den entsprechenden Wohngebieten zudem von sehr vielen Bewohnern nachgefragt und genutzt. Dies ist auf Grund der sozialräumlichen Situation und der in den betreffenden Stadtquartieren häufig vorliegenden Kumulation oftmals einkommensschwacher und sozial benachteiligter oder stigmatisierter Menschen. So sind die vorhandenen öffentlich nutzbaren Räume meist nicht nur intensiv genutzt – bis hin zu Übernutzung und Vandalismus –, sondern auch auf Grund des Zusammentreffens sehr unterschiedlicher Lebensstile, Wertvorstellungen und kultureller Muster potenziell oder real Orte von Konflikten, Ausgrenzung und Verdrängung.



Abb. 4: Hannover, Ihmezentrum

Trotz der großen Bedeutung der öffentlich nutzbaren Räume befinden diese sich oftmals in einem geradezu erschreckend schlechten Pflege- und Erhaltungszustand und sind qualitativ nicht gut gestaltet. Die weniger privilegierten Lagen werden von den städtischen Reinigungs- und Pflegediensten trotz der besonders großen sozialen Bedeutung und der oft hohen Nutzungsintensität nicht unbedingt häufiger und besser gepflegt und instand gehalten, sondern eher schlechter. Auch die Erneuerung von beschädigten Möbeln und Spielgeräten geschieht aus Kostengründen häufig viel zu spät, so dass die quantitativ vorhandenen Freiräume die an sie gestellten Nutzungsansprüche nicht mehr erfüllen können. In der Folge herrscht in den einen Räumen Öde und Tristesse vor, während andere Räume übernutzt und ausgelaugt sind. Weder das eine noch das andere ist der sozialen Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zuträglich.





### Fazit:

### Die Vielfalt der Stadtgesellschaft wird in den öffentlich nutzbaren Stadträumen nicht sichtbar

In den öffentlichen Räumen der Städte spiegelt sich die Vielfalt der Stadtgesellschaft nur fragmentarisch wider. Je nach Lage und Nutzungskontext prägen unterschiedliche Gruppen die Plätze, Straßen und Grünräume. Damit ist weniger soziale Durchmischung, sondern eher Segregation städtische Normalität. Dass sich unterschiedliche soziale Gruppen meist aus dem Wege gehen, ist ein bekanntes Phänomen und trägt zur Konfliktvermeidung bei. Doch vor allem die innerstädtischen Einkaufslagen sind – potenziell – für ein sehr breites Spektrum sozialer Gruppen attraktiv. Daher kommt es vor allem hier immer wieder zum Aufeinanderprallen unterschiedlicher Milieus und Lebensstile. Dies wird nicht immer von allen gleichermaßen als Bereicherung empfunden. Daher werden gerade hier restriktive Regeln und Formen der Überwachung angewandt, die größere Zumutungen verhindern und kaufkräftige Gruppen an die Einkaufsstandorte binden sollen.



Abb. 5: Hannover, Sahlkamp

Vielfalt muss gelernt werden. Präventive Ausgrenzungen aus vorausgehendem Gehorsam gegenüber den vermeintlichen oder tatsächlichen Interessen kaufkräftiger Gruppen in den Innenstädten tragen nicht zu Stärkung eines Gemeinwesens bei. Ebenso wenig hilfreich ist es, die innenstadtfernen Freiräume, vor allem in benachteiligten Lagen, in den öffentlichen Diskussionen auszuklammern. Gerade die in benachteiligten Stadtteilen lebenden Gruppen sind in der öffentlichen Wahrnehmung unterrepräsentiert: Leserbriefschreiber, Initiatoren von Bürgerinitiativen oder die Bürger, die sich in Beteiligungsprozessen engagieren, gehören selten zu den benachteiligten Gruppen. Auch die „Volksvertreter“ in den Parlamenten kennen die „Problemviertel“ ihrer Städte oftmals bestenfalls aus der Besucherperspektive oder vermittelt durch vor Ort tätige Gemeinwesenearbeiter oder Quartiersmanager. Diese Wahrnehmungs-Asymmetrie führt zu einer fahrlässigen Ignoranz gegenüber wachsenden sozialen Herausforderungen.

Doch wie kann diesem Mangel an Repräsentation und Sichtbarkeit begegnet werden? In der Regel werden die sogenannten sozial „schwachen“ Milieus aufgefordert, sich zu integrieren, zu beteiligen und zu engagieren. Genau in diesen Milieus aber sind die Alltagsprobleme aus geringem Einkommen bzw. Arbeitslosigkeit, beengten Wohnverhältnissen, Diskriminierungs- und Stigmatisierungserfahrungen und vielem anderen mehr so groß, dass hierfür sämtliche Ressourcen aufgebracht werden müssen. Den vermeintlich sozial „starken“ Milieus hingegen stünden diese Ressourcen durchaus zur Verfügung. Daher ist es naheliegend, zumindest einen Teil der Verantwortung auch den gut Gebildeten und Wohlhabenden, den Verantwortungs- und Leistungsträgern dieser Gesellschaft zu übertragen. Allerdings ist es bei realistischer Betrachtung kaum denkbar, dass sich diese Gruppen freiwillig dieser Aufgabe stellen. Schon in den Schulen wird die Solidarität gegenüber – beispielsweise – Flüchtlingskindern auf eine harte Probe gestellt, wenn diese von Schulen aufgenommen werden sollen, in die wohlhabende und bildungsorientierte Eltern ihre Kinder schicken. Zu groß ist die Angst, der Lernerfolg der eigenen Kinder könnte beeinträchtigt werden. Wobei sich dann die Frage stellt, wie „Lernerfolg“ definiert wird und ob dazu nicht auch zu zählen wäre, als vermeintlich Starker Schwächeren zu helfen und ob das Erlernen eines sozialen Umgangs miteinander nicht auch zu den grundständigen Lehraufgaben einer öffentlichen Schule gehört. Diese Frage lässt sich ohne Umschweife mit „ja“ beantworten, praktiziert wird das in den seltensten Fällen so.

Solange sich Stadtpolitiker, Unternehmer, Vermieter und andere Bürgerinnen und Bürger in privilegierten Situationen der „Zumutung Diversität“ und dem schwierigen Umgang mit Differenz nicht stellen, wird sich an der sozialräumlichen Schiefelage und ihren sich möglicherweise zuspitzenden Folgen nichts ändern.

Dr.-Ing. Ulrich Berding

Akademischer Rat a. Z., Lehrstuhl Planungstheorie und Stadtentwicklung, Fakultät Architektur an der RWTH Aachen

### Quellen:

Bahrdt, Hans-Paul (1961): Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Reinbek bei Hamburg

Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadt-Räume, Frankfurt am Main/New York, S. 25-34.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt/M.